

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.04.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	in der Helenenhalle

Auf Einladung vom 22.04.2020 versammelt sich der Stadtrat um 17:00 Uhr zur anberaumten Sitzung. Ort, Zeit und Tagesordnung waren mit Ablauf des 24.04.2020 öffentlich bekannt gemacht.

Anwesend sind:

Herr Rolf Schultheis	Vorsitzender
Herr Dr. Alexander Götzinger	SPD
Frau Doris Sebastian	SPD
Frau Tanja Sebastian	SPD
Herr Jörn Walter	SPD
Frau Laura Sophie Walter	SPD
Herr Jochen Donnevert	CDU
Herr Gregor Grauthoff	CDU
Herr Daniel Jung	CDU
Frau Jacqueline Reimann-Jung	CDU
Herr Thomas Ullinger	CDU
Herr Hans Dieter Maier	AfD
Herr Gerd Schon	AfD
Herr Dr. Horst-Henning Jank	Grüne
Frau Karin Ullinger	Grüne
Herr Peter Jung	Linke
Herr Jürgen Trenz	Linke
Frau Nadine Klein	FDP
Herr Christian Jung	Verwaltung
Frau Hildegard Stillemunke	Verwaltung

Nicht anwesend sind:

Herr Peter Bickelmann	SPD
Frau Nicole Hofmann	SPD
Herr Andreas Lauck	SPD
Frau Monika Pacem	SPD
Herr Günter Struttmann	SPD
Frau Elisabeth Junk	CDU
Herr Sascha Veith	CDU
Herr Bernhard Vinzent	CDU
Frau Elsa Wainer	CDU
Frau Birgit Heinz	AfD
Herr Peter Ladwein	AfD
Herr Harald Hauch	Grüne
Frau Grit Salomon	Grüne
Herr Roland Eckstein	Linke
Frau Melitta Herrmann	Linke
Frau Karoline Wohlfahrt	FDP

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.02.2020
- 3 Antrag der CDU-Fraktion "Einführung eines mobilen Bürgerbüros"
Vorlage: VO/2657/20
- 4 Beteiligungsbericht der Stadt Friedrichsthal für das Jahr 2017
Vorlage: VO/2659/20
- 5 Stellenplan der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020/2021
Vorlage: VO/2655/20/1
- 6 2. Entwurf Investitionsprogramm der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020-2024
Vorlage: VO/2653/20/1
- 7 2. Entwurf Doppelhaushalt der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020/2021
Vorlage: VO/2654/20/1
- 8 Antrag auf Zuweisungen nach §§ 11 und 12 des Gesetzes über den Saarlandpakt für das Jahr 2020
Vorlage: VO/2665/20
- 9 Sanierung der Straßenbeleuchtungsanlage
hier: Erweiterung des 1. Bauabschnittes und Ausschöpfung der Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Vorlage: VO/2342/17/1
- 10 Errichtung eines Memoriamgartens auf dem Friedhof in Bildstock
hier: Ergänzung der Friedhofssatzung der Stadt Friedrichsthal durch die 5. Änderung der geltenden Friedhofssatzung
Vorlage: VO/2647/20
- 11 Entscheidungsfindung des Stadtrates in Krisensituationen
Vorlage: VO/2664/20
- 12 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Nichtöffentlicher Teil

- 13 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.02.2020
- 14 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Schultheis eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Der Stadtrat einigte sich auf eine reduzierte Teilnehmerzahl unter Berücksichtigung der Platzverteilung nach d´Hondt zur Verringerung der Gefährdung durch das Corona-Virus.

Es wird sodann beraten und beschlossen was folgt.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anträge vor.

zu 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 27.02.2020

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die vorliegende Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Eine Enthaltung, keine Gegenstimmen.

**zu 3 Antrag der CDU-Fraktion "Einführung eines mobilen Bürgerbüros"
Vorlage: VO/2657/20**

Herr Jung –CDU- erläutert, dass der bereits vor 4 Jahren einmal gestellte Antrag auf Einführung eines mobilen Bürgerbüros damals aus den bekannten finanziellen Gründen nicht umgesetzt worden ist. Er führt aus, dass dieses Dienstleistungsangebot insbesondere für ältere und kranke Menschen bestimmt sein soll. Die Verwaltung könne sich damit als bürgerfreundlicher Dienstleister präsentieren. Er hält den zu erwartenden Kostenrahmen für überschaubar, ein Fahrzeug sei bei der Verwaltung vorhanden, notfalls könne man auch Kilometerentschädigung zahlen.

Bürgermeister Schultheis berichtet, dass vor Jahren die Gemeinde Gersheim ein mobiles Bürgerbüro eingerichtet hatte, aus den bekannten finanziellen Gründen war die Einführung in Friedrichsthal zum damaligen Zeitpunkt nicht zu realisieren. Bereits jetzt kommt die Verwaltung dem genannten Personenkreis hilfreich entgegen, das Leistungsspektrum könnte jedoch bei entsprechender technischer Ausstattung erweitert werden. Mit dem Erwerb des sog. „Koffers“ wären vor Jahren Kosten von rund 5.000 Euro verbunden gewesen, jetzt kalkuliere man mit rund 6.000 Euro, die hierfür an die Bundesdruckerei zu zahlen sind. Das erforderliche Gerät ist erst wieder zum Jahresende lieferbar. Aus Datenschutzgründen ist eine andere Beschaffung der technischen Bestandteile nicht zulässig. Das vorhandene Fahrzeug ließe sich entsprechend des Bedarfes auch vom Bürgeramt nutzen. Über die Finanzierung des Erwerbes werde man sich bei der Planung des Nachtragshaushaltes abstimmen.

Dr. Jank -B'90/Die Grünen- sieht den Antrag durchaus positiv, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Bislang habe man bereits pragmatische Lösungen für entsprechende Fälle in der Verwaltung gefunden. Er möchte ausschließen, dass diese Dienstleistung von jenen in Anspruch genommen werde, die eigentlich keinen Anspruch darauf haben. In der gegenwärtigen Situation sieht er in der Einführung ein falsches Signal, allenthalben seien Einnahme-Ausfälle zu erwarten. Er sieht die Ausgabe als nicht dringlich an und lehnt für seine Fraktion daher die Einführung eines mobilen Bürgerbüros ab.

Herr Walter –SPD- merkt an, dass seiner Fraktion für eine Beschlussfassung noch weitergehende Informationen fehlen. So möchte man z.B. wissen, ob die Personaldecke für eine derartige Dienstleistung ausreicht. Auch möchte er wissen, ob das Angebot in Kommunen vergleichbarer Größe besteht und ob man Fallzahlen nennen könne. Herr Schon –AfD- möchte wissen, ob für einen derartigen Service noch Personalressourcen frei sind und ob noch Schulungen erforderlich sind.

Bürgermeister Schultheis weist darauf hin, dass der Rat bereits vor Jahren umfassend von der Verwaltung zur Thematik informiert wurde. Die Kosten beliefen sich auf rund 6.000 Euro, die Flächengröße einer Kommune sei nicht der ausschlaggebende Grund, derartige Dienste einzurichten. Ein zusätzlicher Schulungsbedarf ergebe sich für das Personal nicht. Lediglich könne der Zugang zum Internet gewisse Probleme mit sich bringen. Die Nutzungsregeln lege der Stadtrat auf, ein Bedienen derer, die nur zu bequem für einen Besuch im Rathaus sind, solle man ausschließen.

Frau Klein –FDP- sieht den Antrag positiv, sie geht davon aus, dass bei einer älter werdenden Bevölkerung der Bedarf an einem solchen Service zunimmt. Eine Richtlinie könne vorgeben, dass nur Menschen mit Berechtigung das Angebot nutzen können. Da die Kosten überschaubar sind, unterstützt sie für ihre Fraktion den Antrag.

Herr Jung –CDU- berichtet, dass auch Eppelborn einen derartigen Dienst anbietet, die Größe der Kommune sei nicht der ausschlaggebende Grund für die Einrichtung. Bei dem mobilen Bürgerbüro könne man vielleicht auch noch andere Formulare bereithalten. Wie der Einsatz geregelt werden solle, mögen der Bürgermeister und die Verwaltung selbst entscheiden.

Die erforderlichen Mittel, so Bürgermeister Schultheis, werde man im Nachtragshaushalt bereitstellen.

Die Frage von Herrn Jung –Die Linke-, ob es Fallzahlen gebe, wird verwaltungsseitig verneint.

Herr Trenz –Die Linke- anerkennt die positiven Inhalte des Antrages, er möchte jedoch vor einem Beschluss darüber nochmals mit der Fraktion diskutieren.

Da die Angelegenheit ohnehin erst zum Ende des Jahres zur Umsetzung ansteht, hat auch Herr Jung –CDU- keine Einwände gegen eine Vertagung des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vertagung der Beratung in den Haupt- und Personalausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 4 **Beteiligungsbericht der Stadt Friedrichsthal für das Jahr 2017**

Vorlage: VO/2659/20

Beschluss:

Ohne weitere Aussprache stimmt der Stadtrat dem Beteiligungsbericht der Stadt Friedrichsthal für das Jahr 2017 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 5 **Stellenplan der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020/2021**

Vorlage: VO/2655/20/1

Beschluss:

Nach kurzen Ausführungen beschließt der Stadtrat den Stellenplan 2020/2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 6 **2. Entwurf Investitionsprogramm der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020-2024**

Vorlage: VO/2653/20/1

Beschluss:

Nach kurzen Ausführungen seitens der Verwaltung zu den Schwerpunkten der Planung für das Investitionsprogramm und nach der Aufteilung der Verwendung der KELF-Mittel beschließt der Stadtrat das Investitionsprogramm der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020 bis 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 7 2. Entwurf Doppelhaushalt der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020/2021
Vorlage: VO/2654/20/1

Bürgermeister Schultheis führt aus, dass das grundsätzliche Problem der kommunalen Haushaltsführung darin liege, dass nur 70 % der Mittel für die 100%ige Aufgabenerfüllung bereitstehen. Daher seien in der Vergangenheit die Kassenkredite aufgelaufen. In einer flächenmäßig kleinen Kommune gebe es nur ein geringes Eigenkapital und dieses sei schnell aufgebraucht worden. Mittlerweile sei man von der Vorgabe abgerückt, dass eine überschuldete Kommune bereits zum Jahr 2020 den Haushaltsausgleich herbeiführen müsse – im Unterschied zu den anderen Kommunen, denen bis zum Jahr 2024 hierfür Zeit eingeräumt ist. Jetzt ist das Jahr 2024 für alle Städte und Gemeinden als Ziel vorgegeben. Mit dieser Änderung habe man neuen Spielraum erlangt.

Die Auswirkungen durch die Umlage an den Regionalverband und die Tariferhöhungen können durch die Stadt selbst nicht beeinflusst werden. Zudem müsse man die Folgen der wirtschaftlichen Schwankungen abfangen.

Bürgermeister Schultheis geht auf die Ausgabenschwerpunkte der kommenden Jahre ein, einzelne ergänzende Informationen gibt Frau Stadtamtsrätin Stillemunke.

Besonders positiv stellt der Bürgermeister die Auswirkungen des Zinsmanagement heraus, hier konnte die Stadt beträchtliche Ausgabenreduzierungen herbeiführen. Eine Unwägbarkeit ergibt sich aus den Folgen der gegenwärtigen Corona-Krise. Bereits jetzt zeichnen sich Steuerausfälle in Höhe von rund 200.000 Euro ab.

Frau Stillemunke verweist kurz auf die dem Haushalt beigefügten neuen Anlage hin (7a bis c), die durch die Gemeindehaushaltsverordnung vorgeschrieben wurden.

Beschluss:

Nach kurzen Rückfragen seitens des Rates beschließt der Stadtrat den Doppelhaushalt der Stadt Friedrichsthal für die Jahre 2020/2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 8 Antrag auf Zuweisungen nach §§ 11 und 12 des Gesetzes über den Saarlandpakt für das Jahr 2020
Vorlage: VO/2665/20

Beschluss:

Ohne weitere Aussprache beschließt der Stadtrat, den Bewilligungsantrag für die Zuweisungen nach § 11 und § 12 des Gesetzes über den Saarlandpakt für das Jahr 2020 zu stellen. Die Mittel gem. § 11 werden ausschließlich für Investitionsmaßnahmen verwendet. Die Mittel gem. § 12 werden für Auszahlungen für Investitionen und Auszahlungen für die Unterhaltung des Anlagevermögens verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 9 Sanierung der Straßenbeleuchtungsanlage hier: Erweiterung des 1. Bauabschnittes und Ausschöpfung der Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Vorlage: VO/2342/17/1

Bürgermeister Schultheis führt kurz in die Thematik ein.

Beschluss:

Ohne weitere Aussprache beschließt der Stadtrat die Erweiterung des Auftrages vom

13.04.2018 an die energis und stimmt der Vergabe des Auftragsvolumens in Höhe von 79.980,-- € an die energis laut Angebot vom 11.02.2020 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 10 Errichtung eines Memoriamgartens auf dem Friedhof in Bildstock hier: Ergänzung der Friedhofssatzung der Stadt Friedrichsthal durch die 5. Änderung der geltenden Friedhofssatzung
Vorlage: VO/2647/20**

Nachdem nun auf dem Friedhof in Bildstock auch ein Memoriamgarten vorhanden ist und auch Urnenbaumgräber geplant wurden, ist eine Satzungsänderung erforderlich.

Beschluss:

Ohne weitere Aussprache beschließt der Stadtrat die 5. Änderung der Friedhofssatzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 11 Entscheidungsfindung des Stadtrates in Krisensituationen
Vorlage: VO/2664/20**

Bürgermeister Schultheis erläutert, dass die Rahmenbedingungen für eine rechtmäßige Durchführung einer Ratssitzung auch in Krisenzeiten fortgelten. Die Bildung eines Krisenausschusses –vergleichbar einem Ferienausschuss- bringt auch keine Vorteile, die Rechte des Stadtrates dürfen nicht beschnitten werden.

Stadtoberamtsrat Jung verweist auf die umfangreichen Erläuterungen der Vorlage. Seitens des Rates wird keine Notwendigkeit zur Bildung eines Krisenausschusses gesehen.

Man einigt sich darauf, für die Dauer der Corona-Krise die Ausschüsse nur dann tagen zu lassen, wenn wichtige Punkte zur Entscheidung anstehen, der Stadtrat wird in Selbstorganisation seine Besetzung soweit reduzieren, dass Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bürgermeister Schultheis weist darauf hin, dass am 14. Mai der Bau- und Umweltausschuss in der Helenenhalle unter Leitung von Herrn Ersten Beigeordneten Peter Bickelmann tagen werde. Ende Mai findet dann wieder eine Stadtratssitzung statt.

zu 12 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Herr Peter Jung –Die Linke- erkundigt sich nach dem Einnahmeausfall im Bereich der Überwachung des fließenden Verkehrs.

Bürgermeister Schultheis geht auf die Auswirkungen des Urteiles ein und teilt mit, dass das Programm noch immer nicht genehmigt sei.

Auch beim Landesverwaltungsamt käme es zu Einnahmeausfällen, hier sei die Rede von 5 bis 6 Millionen Euro.

Eine andere Variante bestehe in der Montage von sog. Bodenschleifen, hier sei noch die Kostenübernahme zu klären.

Der Bürgermeister führt ergänzend aus, dass aufgrund der Belastung der Außendienstmitarbeiter infolge der Corona-Krise die Kontrolle des ruhenden Verkehrs nur in reduzierter Form stattfindet.

Der Bürgermeister spricht kurz die Finanzierung des ÖPNV an, hier sei zu den Prob-

lemen der Anfang des Jahres drohenden Insolvenz noch die Belastung durch den Ausfall der Schultransportfahrten hinzugekommen. Beim Zweckverband finde gegenwärtig keine Sitzung statt.

Nachdem Quierschied über die Presse eine Kooperation im Bereich der Standesämter abgelehnt hat, steht von Sulzbach noch eine Meldung aus. Diesbezüglich hat man sich in Merchweiler erkundigt, ob hier eine Kooperation gewollt sei.

Für die Einrichtung eines Notstandesamtes zwischen den Kommunen Friedrichsthal, Sulzbach und Quierschied fand sich die erforderliche Bereitschaft.

Der Bürgermeister schildert die Sicherheitsvorkehrungen für das Personal der Verwaltung und beim Baubetriebshof. Im Bereich der Grünschnittdeponie ist mittlerweile wieder die Rückkehr zum Normalbetrieb auf den Weg gebracht worden.

Kurz geht er abschließend auf die Folgen des Verwaltungsgerichts-Urteiles in Sachen der Verordnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie ein.

Frau Klein –FDP- findet lobende Worte für die Organisation und Abwicklung der Maskenausgabe. Es gab –trotz Lautsprecherdurchsagen- noch Bürger/innen, die über die Ausgabe nicht informiert waren. Sie möchte wissen, weshalb man nur in Maybach und Klaraschacht die Masken ausgetragen hat und erkundigt sich nach der Versorgung mit Masken für die Viertklässler im Außenbereich.

Bürgermeister Schultheis berichtet, dass man sehr kurzfristig über die Lieferung der Masken informiert wurde und bis zuletzt nicht klar war, ob die Lieferung auch für alle Bürger/innen ausreicht. Montags wurde mit der Kommissionierung begonnen und die Ausgabestellen eingerichtet. Die SZ hatte leider fälschlich berichtet, die Stadt habe noch keine Vorbereitungen getroffen. Eine zusätzliche Verteilerstelle wäre organisatorisch schwierig gewesen, daher habe man das Angebot des THW's zur Hausverteilung umgesetzt.

Alle, die bislang noch nicht mit den kostenlosen Masken versorgt wurden, können sich weiterhin an das Ordnungsamt wenden und dort die Masken in Empfang nehmen oder bei Vorliegen entsprechender Gründe auch eine Zustellung beantragen.

Besonderen Dank haben das Technische Hilfswerk, die Feuerwehr und auch einzelne helfende Mitbürger für den Einsatz am Montag verdient.

Er berichtet auch, wie andere Kommunen die Verteilung organisiert haben, mit der hiesigen Entscheidung überwiegend auf eine Abholung an zwei Ausgabestellen zu setzen, habe man eine kostengünstige Variante gesetzt. Die zur Kommissionierung erforderlichen Tüten wurden kostenlos von Edeka-Hartmann zur Verfügung gestellt. Beim THW werde sich der Bürgermeister mit einer Spende bedanken.

Nachdem ab kommender Woche der Betrieb in den Grundschulen für die vierten Klassen wieder beginnt, sind dort auch in Abstimmung mit den Schulleitungen sorgfältige Hygiene-Maßnahmen umzusetzen. Die Klassen werden von der Besetzung reduziert, die Abstandswahrung wird so ermöglicht, regelmäßige –mehrmals tägliche Desinfektionen- wurden organisiert, für die Handhygiene stehen die erforderlichen Materialien bereit, für den „Einbahnverkehr“ sind auf den Schulhöfen Markierungen eingerichtet worden.

Im Bereich der Kindertagesstätte können mehr Notgruppen eingerichtet werden, möglich sind 6 Gruppen zu je 5 Kindern. Es sind gegenwärtig noch Kapazitäten frei.

Kinder bis 6 sind von der Maskenpflicht befreit, danach sind Masken im Bus und auf dem Schulhof zu tragen. In den Klassen selbst besteht keine Maskenpflicht.

Frau Klein erkundigt sich nach der neuen Brücke beim Saufangweiher. Bei den Bauarbeiten fiel ihr Augenmerk auf Pfähle mit Verrostungen, sie hat zum Beweis für mögliche Schadensersatzforderungen Beweisfotos gemacht. Zudem möchte sie wissen, ob die Bänke bei der Anglerhütte weiterhin gesperrt bleiben.

Bürgermeister Schultheis berichtet, dass nach der Fertigstellung des Steges nun eine Abnahme erfolge. Man sei morgen mit dem TÜV vor Ort. Bei den angerosteten Teilen handele es sich nicht um tragende Teile, sondern um Verkleidungen. Die Brücke geht

nach Abschluss der entsprechenden Vereinbarungen auf den Zweckverband über. Die Sperrung der Bänke bei der Anglerhütte erfolgte aufgrund der Auflagen der Landesregierung in zeitlicher Nähe zu den Ostertagen. Der dortige Pächter sei für die Einhaltung der Vorgaben zuständig.

Die Frage von Frau Klein –FDP-, ob für den Geländestreifen unterhalb des Schwimmbades / gegenüber dem Parkplatz beim SC Sportplatz ein Plan zur Neubepflanzung vorliege, wird verwaltungsseitig verneint.

Herr Jung –CDU- erkundigt sich, ob es in Sachen Vereinshaus etwas Neues zu berichten gebe.

Diesbezüglich informiert Bürgermeister Schultheis, dass noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Betriebsführung besteht, alle Beteiligten seien sich darüber einig, dass der Neubau erfolgen solle, der Bedarf für Friedrichsthal sei unstrittig und stelle keinen Luxus dar. Es sei geplant, zu gegebener Zeit eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Des Weiteren erkundigt sich Herr Jung –CDU- nach den Tablets für den Stadtrat. Diese sind nach Aussage von Bürgermeister Schultheis bereits in Neunkirchen mit den Programmen bespielt worden, mit der Auslieferung sei jedoch auch noch eine Schulung für die späteren Nutzer zu verbinden.

Herr Walter –SPD- erkundigt sich, ob die Übernahme der KiTa-Beiträge durch das Land auch erfolge. Für April und Mai hat das Land entsprechende Aussagen getroffen. Bürgermeister Schultheis vertraut auf die Zusagen des Landes. Die Aussage, dass die Eltern nur bekunden müssten, sie könnten oder wollten den Beitrag nicht leisten, wird von ihm nicht als zielführend gesehen.

Herr Jung –CDU- erkundigt sich ob es bereits Informationen darüber gebe, ob z.B. der Bäderbetrieb für den Corona-bedingten Einnahmefall einen Zuschuss bekomme. Bürgermeister Schultheis führt dazu aus, dass man sich über den Saarländischen und den Deutschen Städtetag bei Bund und Land dafür einsetze, auch die Kommunen unter einen Schutzschirm zu stellen. Die Kommunen leisten in der Krise einen unschätzbaren Dienst für die Gemeinschaft, sie zeigten sich funktionsfähig, benötigten aber auch eine Hilfe, um die Belastungen der Krise abzufedern. Die konkreten Mehrkosten und Mindereinnahmen seien noch nicht zu beziffern. Eine Aussage über das Ob und Wie steht noch aus.

Hinsichtlich des Bäderbetriebes ist immer wieder davon zu hören, dass eine Wiederinbetriebnahme ermöglicht werden soll, unbeantwortet bleibt die Frage, wie in den Sommermonaten der ordnungsgemäße Betrieb mit Abstandswahrung organisiert und kontrolliert werden kann. Wie ein zweckmäßiger Hygieneplan aussehen soll, ist noch nicht bekannt. Er erinnert an die Polizeieinsätze in verschiedenen bereits überfüllten Bädern im vergangenen Jahr.

In dieser Angelegenheit bespricht er sich demnächst mit dem Schwimmverein und dem Förderverein.

Herr Schon dankt dem bei der Maskenverteilung eingesetzten Team, trotz knapper Vorlaufzeit habe man gute Arbeit geleistet, sehr positiv sei die Information durch den Lautsprecherwagen des THW gewesen.

- Ende öffentlicher Teil -